



Die Krise als Chance

Nur ein intakter, souveräner Nationalstaat kann die Bürger wirksam vor Gefahren schützen



Ein Kommentar von **Björn Höcke**

Das Corona-Virus hat unser Land in eine tiefe Krise gestürzt. Die Pandemie ist auch deswegen so folgenreich, weil sie ein vorgeschädigtes Wirtschafts- und Finanzsystem befallen hat und die deutschen Regierungen in Bund und Ländern fatale Fehlentscheidungen trafen. Die langfristigen ökonomischen und sozialen Folgen können derzeit kaum abgeschätzt werden. Viele Bürger spüren bereits jetzt die Auswirkungen, die der erzwungene gesellschaftliche Stillstand gebracht hat: Kurzarbeit, finanzielle Engpässe und Grundrechtsbeschränkungen.

Wie jede Krise birgt aber auch diese nicht nur Unannehmlichkeiten und Risiken, sondern auch Hoffnungen und Chancen. Es ist völlig verständlich, daß man sich aufgrund der Ereignisse erst einmal um sich selbst und seine Liebsten kümmert. Neben diesen lebenspraktischen Herausforderungen haben Krisen jedoch immer auch einen läuternden Charakter: Es ist die Zeit, eingeschlossene private und gesellschaftliche Abläufe zu überdenken und daraus Schlüsse für Veränderung zu ziehen.

Die Corona-Pandemie hat viele Mißstände offenbart, die nicht nur logistisch-technischer, sondern auch grundsätzlicher Art sind. Ich möchte

hier nur drei Punkte herausgreifen: So zeigt sich der Nachteil einer egoistischen Ellenbogengesellschaft im Gegensatz zu einem solidarisch verfaßten Gemeinwesen, das auch in Krisenzeiten diejenigen nicht im Stich läßt, die von sozialer Isolation, wirtschaftlicher Not und Krankheit bedroht sind. Für Erstere steht sinnbildlich das aggressive Gerangel um knapp werdendes Klopapier, für das Zweite stehen die zahlreichen menschlichen Hilfeleistungen und Zuwendungen, die wir in diesen Tagen auch erleben. Es zeigt sich außerdem, daß nur ein intakter, souveräner Nationalstaat in Notlagen die Bürger wirksam vor Gefahren schützen kann. Und es zeigt sich, daß

unsere aktuelle Wirtschaftsordnung brüchig und anfällig ist.

Der renommierte Ökonom Prof. Max Otte hat in seinem Bestseller „Weltsystemcrash“ eine dramatische Erosion der Mittelschicht und des Mittelstandes konstatiert, die beide zum Rückgrat unseres Gemeinwesens zählen. Ursache dieser fatalen Entwicklung ist die Abkehr von unserem bewährten deutschen Wirtschaftsmodell und die Hinwendung zu einer globalkapitalistischen Ökonomie neoliberalen Zuschnitts.

► Weiter auf Seite 2

Mehr Eigenständigkeit wagen!

Keine einseitige Globalisierung – Produktion im Land halten!



► Fortsetzung von Seite 1

Diese Art des Wirtschaftens mit ihrer Suche nach kurzfristiger Profitmaximierung ist uns Deutschen völlig wesensfremd. Das weltweit bewunderte Erfolgskonzept der deutschen Ökonomie war die Kombination aus starker Produktionsbasis, guter Bildung, vorbildlichem Arbeitsethos, sozialer Sicherheit und moderater staatlicher Steuerung. Im Zuge der Wiedervereinigung wurde dieser goldene Weg verlassen und Deutschlands Wirtschaft in die morastigen Sümpfe des Manchesterkapitalismus getrieben.

Zeitgleich zur Plattmachung der durchaus in Teilen sanierungsfähigen DDR-Industrie wurde seit den 1990er Jahren auf Teufel komm raus privatisiert, dereguliert und globalisiert. Die Produktion wanderte vermehrt ins Ausland, deutsche Unternehmen wurden „internationalisiert“, das bewährte Bildungswesen im Zuge des Bologna-Prozesses nach angelsächsischem Vorbild umgebaut, mit Hartz-IV-Reformen und anderen Maßnahmen das soziale Prinzip geschleift und durch den Brüsseler EU-Moloch und andere supranationale Einbindungen die Handlungsfähigkeit des Nationalstaates drastisch eingeschränkt. Damit wurde uns die eigene produktive Basis unter den Füßen weggerissen. Das war kein historisches Schicksal, son-

dern Vorsatz: Die uns beherrschenden politisch-ökonomischen Kräfte vollziehen bis heute die gewünschte Agenda globaler Geldmachtetiten, die sich konsequent einer demokratischen Bürgerkontrolle entziehen.

Die wenigen Jahrzehnte der Globalisierung haben in allen betroffenen Ländern eine ökonomische und soziale Wüste hinterlassen. Deutschland als erzwungener neoliberaler Vorreiter in Europa ist davon in besonderem Maße betroffen. Trotz der starken Wirtschaftsleistung seiner Bürger liegt das deutsche Rentenniveau in Höhe von 50,5 Prozent dramatisch tiefer als der EU-Durchschnitt (70,6 Prozent), die deutsche Eigentumsquote mit 42,1 Prozent wirkt geradezu armselig gegenüber Südeuropa (über 70 Prozent) und bei den Vermögen liegen die Deutschen mit etwa 50 000 Euro in der EU nur noch vor Portugal. Die Deutschen leisten immer noch viel, aber es bleibt dank EU-Umverteilung und Globalisierung – zu der auch die Masseneinwanderung von Sozialmigranten zählt – immer weniger für sie selbst übrig. Der erzwungenen Unselbständigkeit folgt schrittweise die Armut.

Die Corona-Krise verdeutlicht die globale Abhängigkeit

Daß diese Abhängigkeit von fremden Nationalökonomien kein leeres

Gerede ist, wurde spätestens mit der Corona-Pandemie klar: Wir verfügen nicht einmal über genügend Atemschutzmasken und müssen mit kritischen Medikamenten-Engpässen leben, weil wir deren Produktion nach Fernost ausgelagert haben. Diese Beispiele mangelnder Selbstversorgungssicherheit weisen aber auch schon den richtigen Weg zur Gesundung unserer Wirtschaft: Weg von der einseitigen Globalisierung, die von produktiver Schwäche und Abhängigkeit gekennzeichnet ist – hin zu wirtschaftlicher Eigenständigkeit und Stärke.

Dazu brauchen wir nur wieder an das deutsche Wirtschaftsmodell anzuknüpfen, das wir seit Anfang der 1990er Jahre zugunsten von globalen Kapitalinteressen aufgeben haben. Klar ist dabei auch: Eine prosperierende Wirtschaft ist kein Perpetuum mobile. Für ihr langfristiges Funktionieren bedarf sie eines Staates, der nicht nur passiv einen Rahmen für die Wirtschaftsakteure garantiert, sondern gegebenenfalls aktiv in die ökonomischen Prozesse eingreift, wenn die nationale Wohlfahrt gefährdet ist. Zu dieser Verantwortung der öffentlichen Hand gehören wichtige Felder der Daseinsvorsorge wie Infrastruktur, Energie, Wasser und Gesundheit, die jenseits von Profit- und Renditemaximierung solide wirtschaften können.

Bei der Betrachtung einer künftigen Volkswirtschaft will ich noch einen wichtigen Punkt erwähnen: Die Produktion sollte nicht nur im Land, sondern auch im „Ländle“ gehalten werden. Wir von der AfD plädieren für eine weitreichende ökonomische Regionalisierung, bei der die Wertschöpfungsketten und -kreisläufe überwiegend kleinräumig und überschaubar bleiben. So bietet eine flächendeckende Wirtschaftsstruktur nicht nur eine breite Teilnahme- und Teilhabemöglichkeit der Bürger vor Ort, es lassen sich so auch die Rahmenbedingungen wie Arbeitszeiten, Entlohnungssysteme und Sozialstandards nach eigenen Maßstäben gestalten, statt sich dem Diktat internationaler Konzerne unterwerfen zu müssen.

Volkswirtschaft der Zukunft: Produktiv, sozial und ökologisch

Das alles gewährleistet nicht nur die Eigenständigkeit, Leistungsfähigkeit und Krisenrobustheit einer Volkswirtschaft, sondern ist aufgrund der kürzeren Transportwege und Lieferketten auch ein wertvoller Beitrag für die Umwelt, die heute vor allem durch die exzessive Globalisierung geschädigt wird. Man denke nur an die gigantischen rußschleudernden Containerschiffe, die uns aus Fernost mit billigen Ramschartikeln beliefern und nach dem schnellen Konsumspaß Millionen von Tonnen Plastikmüll hinterlassen. Gegen diesen Wahnsinn können wir schon heute handeln, indem wir unser Konsumverhalten wieder auf ein vernünftiges Maß reduzieren, mehr auf Qualität statt auf Quantität achten und verstärkt regionale Anbieter unterstützen. Erst in dem sinnvollen Verbund von ökonomischen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten kann sich „das gute Leben“ eines Volkes entwickeln. Die Volkswirtschaft der Zukunft wird nicht nur produktiv, sondern auch sozial und ökologisch sein. Ihr Grundprinzip heißt Subsidiarität und ihr Motto lautet: Mehr Eigenständigkeit wagen! Diejenigen, die hier eine Gefahr der Abschottung und Isolierung sehen, können wir beruhigen: Wie im normalen persönlichen Verkehr funktioniert eine gute Zusammenarbeit und Kooperation nicht aufgrund eigener Schwäche und Abhängigkeit, sondern ganz im Gegenteil auf der Grundlage eigener Stärke und Selbständigkeit.

Schnelle Rückkehr in den Normalzustand

Oberste Priorität muss die Wiederherstellung unserer Grundrechte haben!

„Alles halb so wild“, lautete die Parole von Bundes- und Landesregierung bezüglich einer möglichen Corona-Pandemie selbst Ende Februar noch, als in China Millionen Menschen unter Quarantäne gestellt wurden. „Kann uns nicht passieren, alles bestens vorbereitet, wir schaffen das“, wiegelten sie in ihrem Wolkenkuckucksheim noch ab, als die Seuche immer näher rückte – und weigerten sich standhaft, die „Thüringen Ausstellung“ abzusagen, auf der sich schließlich die ungeschützten Besucher tummelten, darunter viele aus Risikogebieten wie der Volksrepublik China. Erst danach legten sie den Schalter um und beschlossen, zumindest einen Teil der Maßnahmen zu verfügen, die die AfD bereits Wochen zuvor angeregt hatte. Auf andere Forderungen wie Massentests zur Erhebung verlässlicher Daten oder Autopsien von Covid-19-Sterbefällen warten wir bis heute – mit dem Resultat, dass Bund, Land und Robert-Koch-Institut (RKI) seither im Trüben stochern und sich

mit mäßigem Erfolg in Kaffeesatzleserei befleißigen, um dennoch damit das Abwürgen unserer Wirtschaft zu rechtfertigen.

War die AfD die erste Partei, die vor dem Coronavirus gewarnt hat, so ist sie auch die erste, die auf die weitreichenden Folgen des „Lockdown“ hingewiesen hat. Nachdem an der Notwendigkeit und Wirksamkeit der Schutzverordnungen in weiten Teilen der Bevölkerung und der Wirtschaft erhebliche Zweifel laut geworden waren, weil die von den Gesundheitsministerien und dem RKI heraufbeschworenen Schreckensszenarien weitgehend ausgeblieben sind, darf die Zukunft unseres Landes und unserer Bürger nicht länger aufs Spiel gesetzt werden. Basierend auf ihrem Positionspapier brachte die AfD-Fraktion zur ersten Sondersitzung im Mai einen Antrag ein, der ein Ende aller von der Regierung verordneten unverhältnismäßigen Grundrechtsbeschränkungen verlangt. Der Antrag



zeigt praktikable Lösungsansätze auf, wie eine schrittweise und dennoch schnelle Rückkehr in die Normalität möglich ist. Unter anderem fordert die AfD-Fraktion die Landesregierung dazu auf, bis spätestens Ende der 21. Kalenderwoche 2020 (24.

Mai 2020) einen Zeit- und Maßnahmenplan zur weitestmöglichen Wiederherstellung der Grundrechte vorzulegen sowie die seit 24. April in Kraft befindliche landesweite Pflicht zum Tragen einer „Mund-Nase-Abdeckung“ aufzuheben.

Zu spät, dann panisch und nicht faktenbasiert

Corona offenbart Staatsversagen der Thüringer Landesregierung – ein Trauerspiel in vier Akten

Erster Akt:

Erst viel zu spät wird die Bedrohung erkannt

Während die ersten Kreisverbände der AfD in Thüringen bereits Ende Januar vor einer Corona-Epidemie in China warnen, lässt die Thüringer Landesregierung anderthalb Monate verstreichen, ehe sie erste Maßnahmen ergreift. Bodo Ramelow erklärt, dass er bis zum 12. März nicht daran gedacht habe, Schulen und Kindergärten zu schließen, um genau dies einen Tag später anzuordnen. Auch Thüringens Gesundheitsministerin Heike

Werner sieht das Land gut gerüstet und fordert zur Gelassenheit auf.

Zweiter Akt:

Alle Protagonisten verfallen in hektischen Aktionismus

Mit einem Schlag schielen all diese „Gelassenen“ auf einmal ängstlich nach Italien und malen Untergangsszenarien an die Wand. Man erkennt, dass man mitnichten auf die Epidemie vorbereitet ist. In immer schnellerem Rhythmus wird der Bürger mit Verordnungen überzogen, die zum Teil widersprüchlich sind. Schuh-

läden müssen schließen, Autohändler dürfen ihrem Gewerbe nachgehen. Jene Fahrradläden, die verkaufen, werden geschlossen, während andere, die auch reparieren, ihre Kunden bedienen dürfen. Zu Recht fragt deshalb die Bevölkerung: „Wo ist die Linie?“

Dritter Akt:

Keine Orientierung mehr an den wissenschaftlichen Fakten

Vertraut man den Zahlen des RKI, dann war bei Verhängung der massiven Einschränkungen am 17. März bereits absehbar, dass die Pandemie automatisch abebben würde. Bodo Ramelow hingegen fantasiert Mitte März von über anderthalb Millionen Infizierten allein in Thüringen innerhalb der nächsten zwei Jahre. Daraufhin werden in Krankenhäusern alle geplanten Operationen abgesetzt und komplette Stationen geräumt. Seitdem wartet man in den Kliniken auf Patienten. Auch der Maskenzwang ist medizinisch frag-

würdig. Virologen bezweifeln einen Nutzen, Lungenärzte warnen, weil die Atmung behindert wird und Schäden der Lunge bei häufigem Gebrauch zu erwarten sind.

Vierter Akt:

Die Folgekosten werden drastisch unterschätzt

Verantwortungsvolles politisches Handeln zeichnet sich dadurch aus, dass man die Folgen seines Handelns abschätzt. Noch zu einem Zeitpunkt, an dem klar absehbar war, dass die Ansteckungszahlen zurückgehen würden, würgte der Freistaat große Teile der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens ab – ohne Rücksicht auf mögliche Konsequenzen. Offen ist, ob und wie es gelingen wird, die Wirtschaft wieder hochzufahren.

Bleibt letztlich nur die Frage: Wer wird für diese Fehleinschätzungen zur Verantwortung gezogen?

Von Jens Cotta (Mdl)

CORONA EXIT-PLAN der Thüringer AfD-Fraktion

Hier **kostenlos** herunterladen!





PLÖTZLICH STAATSFREUND?



Stefan Möller, MdL

30 Jahre hat es gedauert, seitdem die Staatssicherheit der DDR abgewickelt wurde: Zum ersten Mal nach 1990 wird die im Parlament vertretene Opposition wieder zum Ziel des Inlandsgeheimdienstes. Die AfD wird beschattet. Es wird versucht, ihr V-Leute unterzuschleichen, die straffrei Hitlergrüße zeigen dürfen, um sie zu diffamieren. Wenn sich Kinder von AfD-Politikern telefonisch mit ihren Freunden verabreden, hören andere mit – wie früher in der DDR. Ja, vielleicht waren wir als junge Partei manchmal etwas forsch. Aber die AfD ist im Gegensatz zur staatlich geförderten Antifa stets gewaltfrei und gesetzestreu. Unser Wahlprogramm ist eine Mischung aus dem der CDU in den Neunzigern und einem starken Bekenntnis zum Sozialstaat. Daran ist nichts verfassungsfeindlich.

Die Gründe für die Willkür sind andere: Die AfD ist die einzige Opposition, die ihre Politik daran ausrichtet, was dem eigenen Volk nützt. Das ist ein Affront für eine Regierung, die an der Auflösung des Nationalstaats interessiert ist und durch massive Förderung einer schon quantitativ nicht integrierbaren Zuwanderung das Volk in seinem Bestand völlig verändern will. Für solche Leute war die AfD Thüringen schon lange ein Hassobjekt, weil sie in dieser wichtigen Frage nicht wie die CDU oder die FDP zu Kreuze kriecht.

Dass die AfD im Februar bei der Wahl des Ministerpräsidenten Rot-Rot-Grün für vier Wochen auf die Strafbank geschickt hatte, dürfte der letzte Funke gewesen sein: Wenige Tage nach der zwischen Rot-Rot-Grün und CDU abgestimmten Wiederwahl Ramelow im sechsten Versuch wurde die AfD zum Staatsfeind erklärt.

Nützen wird es im Osten nichts!

Parlamentarische Teilhabe

Prof. Dr. Michael Kaufmann zum neuen Landtagsvizepräsidenten gewählt

Vier Anläufe brauchte es, bevor RRG und die beiden Pseudo-Oppositionsparteien CDU und FDP der AfD ihr parlamentarisches Recht auf einen Vize-Parlamentspräsidenten zubilligten. Nachdem Prof. Dr. Michael Kaufmann und Tosca Knieße in früheren Abstimmungen nicht die erforderliche Mehrheit erhalten hatten, konnte Michael Kaufmann am 5. März insgesamt 45 Stimmen auf sich vereinen. Nach eigenen Angaben stimmte sogar Ministerpräsident Ramelow für den AfD-Abgeordneten, angeblich um den Weg zu ebnet „für die parlamentarische Teilhabe, die jeder Fraktion zugebilligt werden muss“. In Wirklichkeit ging es ihm – der am Vortag Björn Höcke noch den obligatorischen Handschlag verweigert hatte – und den Altparteien allein darum, die AfD dazu zu bewegen, ihre kritische Haltung zum Richterwahlausschuss zu ändern, der nur bei einer Besetzung mit Politikern aller im Landtag vertretenen Parteien arbeitsfähig



Prof. Dr. Michael Kaufmann zog im Oktober 2019 als Abgeordneter in den Landtag ein und ist Sprecher für Energiepolitik und Digitalisierung. Zuvor lehrte er als Professor für Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik an der Ernst-Abbe-Hochschule in Jena.

ist. Nachdem bereits vor anderthalb Jahren der Kandidat der AfD für dieses Gremium nicht gewählt worden war, hatte die Fraktion entschieden,

zunächst keinen weiteren Abgeordneten aus ihren Reihen zur Wahl zu stellen, um auf die anderen Parteien Druck auszuüben.

Wer die CDU wählt, wählt Ramelow!

Wie unser Land zunehmend von einem linken Zeitgeist in Geiselhaft genommen wird

Sich selbst überflüssig zu machen und dies als Erfolg zu feiern, diesen Spagat vollführt gerade die Thüringer CDU-Fraktion. Mit ihrer Enthaltung hievte sie Ramelow ins Ministerpräsidentenamt und schloss einen „Stabilitätspakt“ mit Linken, SPD und Grünen, der der Minderheitsregierung die Macht und der CDU das politische Überleben sichern soll. Die Rückgratlosigkeit der CDU-Karrieristen offenbart, dass es ihnen nie um Werte ging, sondern immer nur um Aufstiegsmöglichkeiten – ihre Chefverhandler ließen sich bei den Verhandlungen mit den Dunkelroten, Roten und Grünen derart über den Tisch ziehen, dass die Schwarte krachte. In dieser aus schierer Panik vor dem Machtverlust entstandenen De-facto-Koalition wird die CDU alles mittragen, was von ihr verlangt wird – von der illegalen Einwanderung über desaströse Ein-

griffe in das Bildungssystem bis hin zu Windkraftanlagen im Wald.

Aus lauter Feigheit vertat die CDU die Chance auf eine bürgerliche Politik in Thüringen. Niemand wird vergessen, wie niederträchtig die Linksgrünen auf die demokratische Wahl von Thomas Kemmerich am 5. Februar im Landtag reagierten – eine Wahl, die zustande kam, weil wir als AfD-Fraktion unser Versprechen eingehalten haben, Bodo Ramelow abzuwählen. Das gemeinsame Anliegen, eine Neuaufgabe der katastrophalen rot-rot-grünen Regierung zu verhindern, hat Kemmerich zunichtegemacht. Nachdem die ewige Merkel das Rückgängigmachen der demokratischen Wahl forderte, gehorchten ihre Pseudokonservativen treu und brav und legten sich mit den Linken ins parlamentarische Lotterbett.

Der Straßenterror und die Medienmeute, die nicht vor haltlosen

Diffamierungen zurückschrecken, um das ihnen missliebige Wahlergebnis madig zu machen, stehen beispielhaft für ein Land, das zunehmend vom linken Zeitgeist in Geiselhaft genommen wird. Die CDU-Fraktion – die einst lauthals gegen die „roten Socken“ wetterte – hat sich entschieden, ein integraler Teil dieser fatalen Entwicklung sein zu wollen und den ewiggestrigen Stasispitzeln und SED-Funktionären die Steigbügel zu halten. Wer von den Konservativen erwartet, dass sie den linksverdrehten Schreihälsen ein Mindestmaß an Charakterfestigkeit entgegenstellen, wird bitterlich enttäuscht – und wendet sich mit Grausen ab. Das hat sich im Ergebnis der letzten Landtagswahl niedergeschlagen und wird sich auch im kommenden Jahr fortsetzen. Die CDU wird der SPD in die politische Bedeutungslosigkeit nachfolgen. Die echte Opposition war und ist die AfD!

Von **Nadine Hoffmann** (MdL)

Verfassungsschutz ohne rechtmäßige parlamentarische Kontrolle

Thüringens Inlandsgeheimdienst, das Verfassungsschutzamt, hat den Auftrag, Bestrebungen, die gegen die Verfassungsordnung gerichtet sind, zu beobachten. Seit Antritt der ersten rot-rot-grünen Landesregierung (2015) ist allerdings die Tendenz unübersehbar, dass der Verfassungsschutz dieser Aufgabe nur noch begrenzt nachkommt. Vielmehr wird er von der Regierung zunehmend als Werkzeug im politischen Kampf vor allem gegen die AfD instrumentalisiert.

Nicht zuletzt, um eine solche politische Instrumentalisierung des Geheimdienstes zu verhindern, sieht die Thüringer Verfassung ein parlamentarisches Gremium zur Kontrolle

des Verfassungsschutzes vor, die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK). Nach dem Verfassungsschutzgesetz stehen der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag zwei Sitze in der fünfköpfigen PKK zu.

Bei der Neuwahl dieses Gremiums im März wurden die Kandidaten der AfD nicht gewählt. Zwei Abgeordnete der Linken und einer der CDU bilden jetzt die PKK, die also nicht rechtmäßig zusammengesetzt ist. Der AfD-Fraktion bleibt die Möglichkeit verwehrt, die Aktivitäten des Verfassungsschutzamtes parlamentarisch zu kontrollieren und beispielsweise einen möglichen Amtsmissbrauch des Verfassungsschutzes aufzudecken. Die von der Verfassung geforderte Kontrolle des

Geheimdienstes durch ein rechtskonform zusammengesetztes Landtagsgremium findet nicht statt. Diese Lage mag den Altparteien willkommen sein, weil sie sich des Verfassungsschutzes für politische Angriffe auf die AfD ungehindert bedienen können. Dass man den Geheimdienst einer Kontrolle durch Abgeordnete der Opposition entzieht, macht die Kampagnen des Verfassungsschutzes allerdings nicht glaubwürdiger.

Womöglich hilft dem ein oder anderen ein Blick in unsere Verfassung. In deren Artikel 59 heißt es: „Parlamentarische Opposition ist ein grundlegender Bestandteil der parlamentarischen Demokratie“. Das scheint nicht allen in den Kram zu passen.

Keine Extrawurst zum Ramadan!

Nachdem die Bürger des Freistaates Thüringen wegen der strikten Corona-Beschränkungen in diesem Jahr ein freudloses Osterfest ohne Gottesdienste und Messen feiern mussten, haben sich viele gefragt, wie die Landesregierung diesbezüglich angesichts des bevorstehenden islamischen Fastenmonats Ramadan entscheiden würde. Erstaunlicherweise erging unmittelbar vor dem Beginn der religiösen Feierlichkeiten eine Verfügung der linken Landesregierung, nach der Gottesdienste und religiöse Zusammenkünfte mit bis zu 30 Personen in geschlosse-

nen Räumen erlaubt werden sollen. Nach unserer Auffassung hätte es die epidemiologische Lage durchaus zugelassen, auch den Christen in ihren großen Kirchen, die den geforderten Sicherheitsabstand ohne weiteres ermöglichen hätten, Gottesdienste und Messen zu erlauben.

Gleichwohl verwundert es nicht, dass die Landesregierung und ihr „Inschallah“-Ministerpräsident erneut im Sinne einer schleichenden Islamisierung entschieden haben, Vergünstigungen und Lockerungen des strengen Gesundheitsregimes zugunsten einer kleinen Gruppe von Menschen zu ver-

fügen, die sich ohne weiteres den Regeln unterordnen könnte, die bei uns in Thüringen für alle gelten. Derartige (Halal-)Extrawürste verstärken den Eindruck, dass eine Etablierung von Parallelgesellschaften und der Aufbau von gottesstaatsähnlichen Strukturen in Deutschland durchaus gewollt sind und gefördert werden.

Die Fraktion der AfD bedauert diese Ungleichbehandlung sehr. Als religionspolitische Sprecherin wünsche und fordere ich für die Zukunft die Anwendung der Regeln mit Gleichheit und Gerechtigkeit.

Von **Corinna Herold** (Mdl)

Üble Nachrede

Abschließend soll aufgrund vieler Nachfragen auf eine seit einigen Monaten andauernde Kampagne des politischen Gegners und vieler Medien eingegangen werden. Diese beruht auf der Behauptung, dass unser AfD-Fraktionsvorsitzender Björn Höcke angeblich gerichtlich bestätigt als „Faschist“ bezeichnet werden kann. Das ist natürlich falsch. Aber was sind die Hintergründe? Das angerufene Verwaltungsgericht Meinungen hatte aber nicht darüber zu befinden, ob Björn Höcke ein „Faschist“ sei oder grundsätzlich als solcher bezeichnet werden darf, sondern

lediglich, ob die versammlungsrechtliche Entscheidung der Stadtverwaltung im konkreten Fall rechtmäßig war. Unter ausführlicher Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Meinungsfreiheit hat sich das Verwaltungsgericht Meinungen dagegen entschieden, da angesichts der Begleitumstände noch die Auseinandersetzung in der Sache im Vordergrund gestanden habe.

Es existieren vergleichbare Fälle, beispielsweise bezüglich der Bezeichnung der Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli (SPD) als „islamische Sprechpuppe“ – und natürlich könnten wir

auch entsprechende Bezeichnungen für Bodo Ramelow verwenden. Allerdings hält uns hiervon unser Anstand ab, über den unsere Gegner nicht verfügen.

Jedoch sind nicht alle Faschistenbezeichnungen Björn Höckes oder anderer Parteimitglieder unangreifbar. Das ist unter anderem dann der Fall, wenn behauptet wird, dass Björn Höcke ein „gerichtlich bestätigter Faschist“ sei oder sogar von einem „gerichtlich bestätigten Nazi“ geschrieben wird. Hiergegen soll und wird auch rechtlich vorgegangen!

Von **Stefan Möller** (Mdl)

Randale in Suhl: Gewalttäter konsequent abschieben!

Seit Mitte März steht die Suhler Erstaufnahmeeinrichtung erneut im Blickpunkt der Öffentlichkeit, nachdem Asylbewerber versucht hatten, die angeordnete Quarantäne zu durchbrechen. Als sie daran gehindert werden sollten, drohten sie, die Einrichtungen in Brand zu setzen, und zeigten islamistische Symbole. Darüber hinaus wurden Kinder bei Ausbruchversuchen und der Konfrontation mit der Polizei als menschliche Schutzschilde missbraucht.

Nachdem sich die Medien gezwungen sahen, über die Gewaltausbrüche zu berichten, wurden die Randalierer ermittelt – aber nicht bestraft, sondern ohne juristische Konsequenzen nach Arnstadt verlegt. Unmittelbar vor Ostern brandete die Randalie in der Erstaufnahmeeinrichtung erneut auf. Nach Schätzungen der Polizei prügeln bis zu 50 Personen mit Latten und Eisenstangen aufeinander ein, Zeugen der Auseinandersetzung wurden bedroht, die Polizei musste eingreifen.

Die AfD-Fraktion erwartet von einem Rechtsstaat, dass er diese Kriminalität konsequent unterbindet, indem er die Gewalttäter identifiziert und aus dem Verkehr zieht. Solche Leute gehören nicht in ein Erstaufnahmefeld, sondern ins Gefängnis. Ihre vermeintliche Fluchtlegende muss kritisch überprüft werden und auch Folgen für den Asylantrag haben.

Unlängst wurde die Verlegung von 32 der insgesamt 120 Migranten aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl in eine Erfurter Jugendherberge bekannt – allerdings ohne die Bevölkerung und die Anwohner darüber zu informieren. Damit verdichtet sich erneut der Eindruck, dass unter dem Deckmantel der Corona-Krise eine gezielte und heimliche Ansiedlung von Asylbewerbern betrieben wird.

Politisches Kampfinstrument

Dem Verfassungsausschuss sind echte Opposition und Andersdenkende ein Dorn im Auge

Kurz nach der im sechsten Versuch erfolgten Wahl Bodo Ramelows zum Ministerpräsidenten peitschte Anfang März Rot-Rot-Grün mit CDU und FDP unter Verkürzung aller Fristen die Gründung eines sogenannten Verfassungsausschusses durch. Was fast langweilig klingt, stellt jedoch den Auftakt für massive gesellschaftspolitische Umwälzungen dar.

Das linksgrüne Regierungslager ist mit der Thüringer Verfassung offenkundig nicht zufrieden. Die Neutralitätspflicht der Regierung und die Rechte echter Opposition sind ihr seit langem ein Dorn im Auge. Die Linken-Abgeordnete Anja Müller erläuterte im Landtag, was Linken, Grünen und SPD in erster Linie fehlt – eine antifaschistische und antirassistische Neuausrichtung der Verfassung! Allerdings nicht in einem vernünftigen Sinne, sondern wie zu DDR-Zeiten – die Herkunft der Linken lässt grüßen – als politisches Kampfinstrument gegen Andersdenkende.

Neuaufgabe der „Nationalen Front“? CDU und FDP sind in Thüringen inzwischen nichts anderes als Ramelows Blockparteien.



Die derzeit noch zulässige Asyl- oder Islamkritik soll ganz verboten werden

Schon die von Rot-Rot-Grün dominierte Enquetekommission der letzten Legislatur hatte eine neue Rassismus-Definition entworfen, wonach derzeit noch zulässige Asyl- oder Islamkritik

verboten wäre, nicht jedoch der Hass auf das eigene Volk. Wer also jetzt müde abwinkt, sollte sich später nicht wundern, wenn er selbst bei moderaten Äußerungen im Netz gesperrt oder beruflich in die Schranken verwiesen wird, wie es heute nur vereinzelt AfDlern ergeht.

Dramatisch ist, dass die CDU sich wie schon bei der Neuwahl Ramelows mit der Rolle der Mehrheitsbeschafferin zufriedengibt, um dem linken Hass zu entgehen. So lastet auch in dieser Frage die Rolle der Opposition derzeit allein auf der AfD.

Von Stefan Möller (Mdl)

Die unterschätzte Gefahr von links

Wir brauchen mehr Mittel für den Kampf gegen den Linksextremismus

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nummer 194 unserer Fraktion vom 25. März 2020 brachte Erstaunliches ans Licht: Von 49 Straftaten auf Wahlkreisbüros im Jahre 2019 waren 41 gegen die AfD gerichtet. Das sind fast 84 Prozent aller Straftaten auf Wahlkreisbüros, die gegen eine einzelne Partei verübt worden sind. Die meisten dieser Taten können zudem linker politisch motivierter Gewalt zugeordnet werden.

Zugleich gab es auch im Bereich der „Politisch Motivierten Kriminalität“ (PMK), die vom Thüringer Innenministerium jährlich in einer Statistik erfasst wird, ein glasklares Bild: Zwischen 2015 und 2019 stieg die Zahl der Fälle „Politisch motivierter Kriminalität -links-“ von 373 auf 646, ein Anwachsen um rund 73 Prozent in nur fünf Jahren. Nicht erfasst sind die Tausenden beschädigten Wahlplakate der AfD, die in

demokratieverachtender Weise in den Wahlkämpfen abgerissen, überklebt, beschmiert und auf sonstige Weise verunstaltet und unkenntlich gemacht wurden.

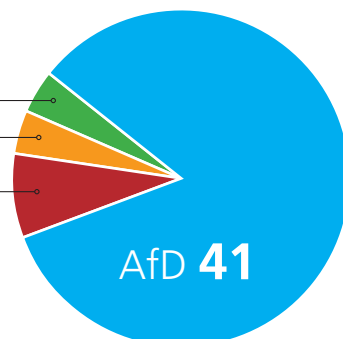
Auch lässt sich ein starkes Ungleichgewicht im Bereich der Propagandadelikte feststellen: Während der „Politisch motivierten Kriminalität -links-“ im Jahr 2019 sage und schreibe sieben Straftaten zugeordnet werden konnten, waren es bei „Politisch motivierter Kriminalität -rechts-“ 883. Dies ist der Rechtslage

geschuldet, die es Linken fast unmöglich macht, Propagandadelikte zu begehen. Fast jeder kennt „ACAB“-Schmierereien (All Cops Are Bastards/Alle Polizisten sind Schweine) an Hauswänden, Aufrufe zu gewalttätigen „Demonstrationen“, Hammer und Sichel oder die schwarz-rote „Antifa“-Flagge. Doch all dies fällt nicht unter linke politisch motivierte Kriminalität. Dementsprechend verzerrt sind die Statistiken.

Nicht erst angesichts dieser Entwicklung fordert die AfD-Landtagsfrak-

tion, von den Mitteln zur Demokratieförderung deutlich mehr in den Kampf gegen den Linksextremismus fließen zu lassen. Jegliche Form von politisch motivierter Kriminalität – ob links, rechts oder religiös motiviert – muss endlich mit allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln unterbunden werden.

Grüne 2
CDU 2
Linke 4



83,67 Prozent der Anschläge auf Wahlkreisbüros gingen zu Lasten der AfD

Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke

Bürgerinformation der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 800.000 Stück

[f @afd-thl](https://www.facebook.com/afd-thl)

www.afd-thl.de

[@afd-landtags-tv](https://www.youtube.com/channel/UC...)



Parlamentarische Initiativen

Schulgeldbefreiung für Pflegeberufe

Laut Arbeitsmarktstatistiken für Thüringen gibt es in Sozial- und Gesundheitsberufen einen erheblichen Fachkräftemangel. Angesichts einer älter werdenden Gesellschaft und der damit verbundenen Veränderungen bei den Krankheitsbildern wird die Versorgung mit Heilmitteln immer wichtiger. Vor diesem Hintergrund kommt der Nachwuchsgewinnung eine besondere Bedeutung zu. Diese wird allerdings dadurch erschwert, dass die meisten Absolventen nicht nur keine Ausbildungsvergütung erhalten, sondern darüber hinaus ein monatliches Schulgeld von bis zu mehreren hundert Euro zahlen müssen. Wir haben in unserem Antrag daher gefordert, das Schulgeld für alle Gesundheitsfachberufe in Thüringen sofort abzuschaffen.

Dem sollte die Landesregierung unverzüglich nachkommen, um die Attraktivität des Ausbildungsstandorts Thüringen zu steigern und die Abwanderung junger Menschen in andere Bundesländer zu verhindern, in denen angehende Gesundheitsfachkräfte bereits kein Schulgeld mehr zahlen müssen.

[\(Antrag der Fraktion der AfD: „Reform der Ausbildungsfinanzierung in den Gesundheitsfachberufen – Schulgeld für alle Gesundheitsfachberufe in Thüringen jetzt abschaffen!“\)](#)

Kostenfreie Meisterausbildung

Die AfD-Fraktion fordert für die Meisterausbildung die gleiche gesellschaftliche Wertschätzung wie für die akademische Ausbildung. Ein Studium ist bis auf einen geringen Semesterbeitrag kostenfrei; darüber hinaus erhalten Studenten Leistungen nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz (BaföG) zu 50 Prozent als Zuschuss – angehende Meister jedoch nur zu 40 Prozent. Wir wollen daher eine kostenfreie Meisterausbildung für Personen, die sich längerfristig in Thüringen niederlassen, und eine angemessene Meistergründungsprämie. Die AfD fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine weitere Stärkung der Meisterpflicht einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass das Aufstiegs-BaföG dem Studenten-BaföG gleichgestellt und ebenfalls zur Hälfte als Zuschuss gezahlt wird.

[\(Alternativantrag der AfD 7/213: Kostenfreie Meisterausbildung\)](#)

Interessenausgleich zwischen Wild und Wald

Die heimische Natur liegt uns besonders am Herzen, deshalb setzen wir uns konsequent für die Interessen unserer Wildtiere ein. Für uns sind Jäger als staatlich geprüfte Naturschützer die ersten Ansprechpartner, wenn es um den Umweltschutz und um den Interessenausgleich zwischen Wald und Wild geht. Leider verabschiedete

die rot-rot-grüne Landesregierung zum Ende der letzten Wahlperiode ein Jagdgesetz, das das Gleichgewicht deutlich zuungunsten des Wildes verschiebt. Mit dem von uns eingebrachten Gesetzentwurf wollen wir dieses Gleichgewicht wiederherstellen. Die Blockparteien entschieden sich aber in dogmatischer Weise, unseren Entwurf abzulehnen und der grünen Ideologie „Wald vor Wild“ den Vorzug zu geben. Ein absurdes Possenspiel, sind doch Wildtiere natürlicher Bestandteil unseres Ökosystems.

[\(Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes, Drucksache 7/439\)](#)

Kein „Schreiben nach Gehör“

„Schraibn nah Gähöa“ ist ein Ärgernis für Schüler und Eltern, weil es den Kindern wissenschaftlich erwiesene Fehler antrainiert. Kinder brauchen klare Rechtschreibregeln, an denen sie sich orientieren können. Lehrer dürfen es nicht dem Gefühl der Grundschüler überlassen, was richtig oder falsch ist.

Zum Glück waren solche fragwürdigen Lernexperimente in Thüringen lange Zeit nicht übermäßig beliebt. Zum Missfallen der rot-rot-grünen Landesregierung bevorzugten die meisten Grundschulen nach wie vor die klassische Fibel. Das Bildungsministerium beschloss 2017, dass Lehrer mehr „moderne Methoden“ anwenden sollen. Die AfD-Fraktion hatte hingegen bereits 2015 die vollständige Abschaffung der Methode beantragt,

was allerdings damals wie heute trotz eindeutiger wissenschaftlicher Erkenntnisse abgelehnt wurde. Es scheint so, dass Rot-Rot-Grün mehr an sozialen Experimenten als am Lernerfolg unserer Kinder liegt! [\(„Keine Experimente mit unseren Kindern – Lernmethode „Lesen durch Schreiben“ abschaffen! Drucksache: 7/350\)](#)

Keine Schulsozialarbeit

Die Landesregierung hätte gern an jeder Schule mindestens einen Sozialarbeiter. Nun stellt sich die Frage, was diese dort eigentlich zu erledigen hätten – beispielsweise die von der Landesregierung eigens verursachten sozialen und gesellschaftlichen Probleme lösen? Laut Bildungsminister Helmut Holter gehe es eben nicht mehr nur um das Lösen von Problemen, sondern auch um eine Erziehung zu „streitbaren Demokraten“. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Neutrale Sozialarbeiter können wichtig sein, wenn Konflikte entstehen, die Lehrer, Schüler und Eltern nicht allein lösen können. Ein unparteiischer Vermittler kann zur Konfliktlösung beitragen. Oft wäre jedoch ein Einsatz von Schulpsychologen sinnvoller, weil ihre Ausbildung sie zur Lösung vieler Probleme besser qualifiziert – leider scheint dies an Rot-Rot-Grün vorbeigegangen zu sein.

[\(Gesetzentwurf von Rot-Rot-Grün Ds 7/153: Verstärkung und Ausweitung der Schulsozialarbeit\)](#)

Mit der AfD aus der Corona-Krise!

Der Status quo:

(Stand: Redaktionsschluss 1. Mai 2020)

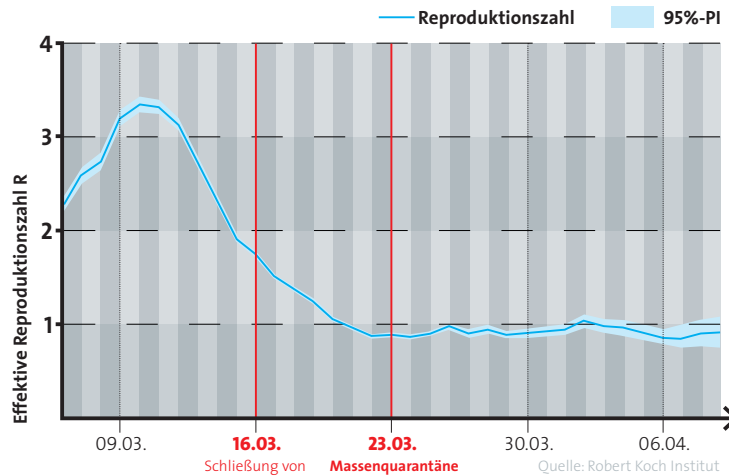
Bagatellisierung und plötzlicher Umschwung

Die Landesregierung hat die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 über Wochen hinweg bagatellisiert und den Thüringer Bürgern dargelegt, dass eine Epidemie nicht zu erwarten und Thüringen ohnehin gut gewappnet sei. In einem plötzlichen Umschwung wurden im März dieses Jahres zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus umfassende Regelungen in Kraft gesetzt, die das private, das wirtschaftliche und allgemein das öffentliche Leben in Thüringen sehr weitgehend einschränkten und das Land in einen Ausnahmezustand versetzten.

Erhebliche Einschränkung der Grundrechte

Die nach wie vor weitgehend in Kraft befindlichen Regelungen schränken und schränken noch immer elementare Grundrechte in erheblichem Umfang oder sogar vollständig ein. Von dieser Grundrechtseinschränkung betroffen sind namentlich die Freiheit der Person, die Berufsausübungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Meinungsäußerungsfreiheit, die Freizügigkeit und die freie Religionsausübung.

Die Infizierungsrate sank bereits vor der Quarantäne!



Schätzung der effektiven Reproduktionszahl R für eine angenommene Generationszeit von 4 Tagen. Quelle: Robert Koch Institut

Gefährdung einer ganzen Schülergeneration

Mit der noch immer sehr weitgehenden Schließung von Schulen seit dem 17. März 2020 wird unseren Kindern die Verwirklichung ihres verfassungsmäßigen Rechts auf Bildung vorenthalten. Die Schulschließung bedeutet auch die Untergrabung der Chancengleichheit in der Bildung und stellt eine Gefährdung der Zukunft einer ganzen Schülergeneration dar. Dar-

über hinaus belastet die verordnete soziale Isolation gerade Heranwachsende psychologisch schwer.

Familien werden zerrissen

Die ebenfalls anhaltende Schließung der Kindergärten und Horte zieht betroffene Familien und insbesondere Alleinerziehende stark in Mitleidenschaft. Dies wiegt umso schwerer, da Angehörigen, die nicht im betreffenden Haushalt leben, der persönliche

Kontakt mit den Familien faktisch untersagt ist.

Massive Schädigung des Wirtschaftslebens

Die Landesregierung hat mit ihren unflexiblen Maßnahmen eine massive Schädigung des Thüringer Wirtschaftslebens herbeigeführt. War deren Anordnung zu Beginn der Krise aufgrund der Unsicherheiten noch in Grenzen nachvollziehbar, hat sich ihre mangelnde Eignung, Erforderlichkeit und Angemessenheit zwischenzeitlich in vielen Fällen herausgestellt. Das betrifft nicht zuletzt das Gastgewerbe oder die Dienstleistungen am Menschen, die besonders unter den Restriktionen zu leiden haben.

Flexible Lösungen finden

Die Ausbreitung des Coronavirus ist weitgehend zurückgedrängt und zudem regional unterschiedlich verteilt. Das Gefährdungspotenzial des Virus lässt sich mittlerweile realistischer abschätzen als noch vor einem Monat. Es muss nun darum gehen, flexible Lösungen unter Berücksichtigung angemessener Erfordernisse des Gesundheitsschutzes zu entwickeln, statt an ungeeigneten starren Vorgaben festzuhalten.

Unsere Forderungen:

CORONA EXIT-PLAN

Die Landesregierung muss:

- ▶ bis spätestens zum Ende der 21. KW 2020 (24. Mai 2020) einen Zeit- und Maßnahmenplan zur weitestmöglichen Wiederherstellung der Grundrechte vorlegen;
- ▶ die seit 24. April in Kraft befindliche landesweite Pflicht zum Tragen einer „Mund-Nasen-Abdeckung“ beim Einkaufen und im ÖPNV aufheben;
- ▶ alle grundrechtseinschränkende Regelungen und Maßnahmen umgehend und dann regelmäßig jede Woche darauf prüfen, ob sie geeignet, erforderlich und angemessen sind, und wöchentlich befristen;
- ▶ das pauschale und unverhältnismäßige Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel mit mehr als 50 Teilnehmern und Versammlungen in geschlossenen Räumen mit mehr als 30 Teilnehmern aufheben und durch eine Regelung ersetzen, die die Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten und Anforderungen ermöglicht;
- ▶ darlegen, mit welcher Auslastung des Thüringer Gesundheitssystems sie unter Annahme verschiedener Ausbreitungsszenarien rechnet, wie sie die notwendigen Kapazitäten der Thüringer Versorgungseinrichtungen den Erfordernissen anpasst und welche regionalen Risikolagen sie erkennt;
- ▶ dem Gastgewerbe die Öffnung von Hotels, Restaurants, Biergärten und den Berufen, in denen am und mit Menschen gearbeitet wird (etwa in der Kosmetik, der Fußpflege und anderen Dienstleistungen im Bereich der Körperpflege oder der Heilberufe, aber auch etwa in Fahrschulen), den Wiedereinstieg in den Regelbetrieb ermöglichen, wenn die Einhaltung von Hygienestandards gewährleistet werden kann;
- ▶ die Ungleichbehandlung von Unternehmen bei den gewerblichen Einschränkungen, wie etwa das offenkundig willkürliche Verbot der Öffnung von Ladenflächen mit über 800 Quadratmetern, umgehend aufheben;
- ▶ private Veranstaltungen wie Hochzeiten, Geburtstagsfeiern oder sonstige Feierlichkeiten wieder weitestmöglich zulassen.